

Lockerungen für die Schwyzer Skigebiete

Wer Massnahmen verordne, müsse diese auch zeitgerecht aufheben: Der Kanton Schwyz lässt die Pandemie-Zügel etwas lockerer.

Andreas Seeholzer

Regierungsrat Andreas Barraud hat den Skigebieten mitgeteilt, dass für sie keine Kapazitätsbeschränkungen mehr gelten und das Alkoholverbot aufgehoben werden soll. Dies habe der Gesamregierungsrat so entschieden, sagte Barraud auf Anfrage.

Die Beschränkung der Passagiere für die Bergbahnen mit einer Auslastung von zwei Dritteln der Kapazität wird aber noch beibehalten, sagte der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements. Weiterhin Gültigkeit haben also die Kapazitätsbeschränkungen für die Bahnen sowie die Sitzgelegenheiten der Take-away-Betriebe.

Grund für die Lockerungen sei, dass sich die Hochsaison dem Ende zuneige. «Getroffene Massnahmen müssen auch wieder aufgehoben werden, sobald dies möglich ist», so Barraud.

Lockerungen wurden positiv aufgenommen

Barraud hat den Entscheid allen Schwyzer Skigebieten am Dienstag schriftlich via Mail mitgeteilt. Wie er gestern sagte, wurden die Lockerungen positiv aufgenommen – auch die Aufhebung des Verbots des Alkoholausschanks und -konsums. In der Realität hätten die Gäste den Alkohol während des Verbots einfach selbst mitgebracht. Das Alkoholverbot sei erlassen worden, um wäh-

rend der Hochsaison und in den Ferien Après-Ski-Partys und damit Situationen wie im Skigebiet Ischgl zu verhindern. Ein Verbot sei unter den aktuellen Umständen nicht mehr nötig.

Weiter hoffe die Schwyzer Regierung nun auf den Bundesrat und dass dieser die Massnahmen im Gastronomiebereich am 22. März lockere, damit die Branche bereits ab 1. April öffnen könne. Der Schwyzer Regierungsrat ist mit

dem Vorschlag des Bundesrats, die Massnahmen schrittweise zu lockern, einverstanden, setzt sich aber für eine raschere Gangart ein. Die Schwyzer Regierung hat sich bereits in der Anhörung beim Bundesrat dafür ausgesprochen. «Wir erhoffen uns diese Lockerungen im Sinn und Geiste der Gastrobranche», sagte Barraud. Weiter zeigt er sich überzeugt, dass die Gastrobranche gute Schutzkonzepte vorweise,

«die ja erprobt sind und sich bereits bewährt haben».

Weiter stand die Schwyzer Regierung beim Bundesrat dafür ein, dass professionelle Veranstaltungen von Kultur, Freizeit und Sport ebenfalls unter Einhaltung der entsprechenden Schutzkonzepte ab dem 1. April wieder möglich sein sollten. Darin eingeschlossen sind auch religiöse Veranstaltungen.

«Getroffene Massnahmen müssen auch wieder aufgehoben werden, sobald dies möglich ist.»

Andreas Barraud
Schwyzer Regierungsrat



Gäste im Restaurant Engelstock im Mostelberg, Gemeinde Sattel.
Bild: Erhard Gick

Über 7000 Unterschriften wurden für die Mittelschul-Initiative gesammelt

Nach rund zehn Wochen wurden die gesammelten Unterschriften überreicht.



Das Initiativkomitee überreicht vor dem Schwyzer Regierungsgebäude Staatsschreiber Matthias Brun die gesammelten Unterschriften. Auf der «Plus Bote»-App hält René Baggenstos eine kurze Rede.
Bild: Jasmin Reichlin

Gestern Vormittag überreichte das Initiativkomitee der Mittelschul-Initiative die insgesamt 7105 Unterschriften, welche für die beide Initiativen zusammen gesammelt wurden, Staatsschreiber Matthias Brun. Die Anzahl der Unterschriften der Volksinitiativen «Für eine dezentrale Mittelschullandschaft» und «Für eine faire Mittelschul-

finanzierung» liegen ungefähr gleichauf, so René Baggenstos.

Auch die die privaten Trägerschaften der Stiftsschule Einsiedeln und des Gymnasiums Immensee meldeten sich zu Wort. Sie fordern seit Jahren eine angemessene finanzielle Entschädigung für ihr Bildungsangebot. Doch die Versorgung des Kantons mit genügend Mit-

telschulplätzen sei nur zu leisten, wenn die anerkannten Schulen mit privaten Trägerschaften entsprechend finanziert seien, heisst es in einer Medienmitteilung. Deshalb sprechen sich die Stiftsschule Einsiedeln und das Gymnasium Immensee für die Unterstützung des Komitees «Für starke Mittelschulen im Kanton Schwyz» aus. (jar)

Caroni stellt sich hinter Präsidentin Gössi

«Von Rücktritt keine Rede», sagt der FDP-Vize.

FDP-Präsidentin Petra Gössi steht unter Druck, seit am Sonntag in Genf die Wahlen gegen den offiziellen FDP-Kandidaten liefen. Die Partei erlitt in Genf eine weitere böse Wahlniederlage. Gleichzeitig kündigte Petra Gössi (Küssnacht) am Wochenende an, dass sie diese Woche nicht an der Session teilnehmen werde, weil sie sich an der Universität St. Gallen einer längeren Weiterbildung widmet.

Das sorgte in der Partei für Unmut: Gössi bereite lieber die Zeit nach dem Präsidium vor, statt sich der angeschlagenen FDP zu widmen. Für Nachfragen war Petra Gössi nicht zu erreichen. Dafür nimmt nun FDP-Vizepräsident und Ständerat Andrea Caroni Stellung zu den im Raum stehenden Vorwürfen.

Caroni: «Grüne Welle schwappt durch Kantone»

Caroni nimmt die Berichte gelassen und stellt sich voll und ganz hinter die FDP-Präsidentin. «Kritik gehört zum Geschäft jeder Partei.» In der FDP werde eine rege Diskussionskultur geschätzt – «aber intern und direkt statt medial und anonym».

Der Trend bei den Wahlen sei in der Tat schon erfreulicher gewesen, bestä-

tigt Caroni. «Aber aktuell verlieren alle Bundesratsparteien, die grüne Welle schwappt durch die Kantone.» In der Parteileitung werde aber selbstverständlich «laufend und intensiv» diskutiert, ergänzte Caroni an die Adresse der parteiinternen anonymen Kritiker. Dass, wie etwa kolportiert wurde, die FDP keine Position zum Rahmenabkommen habe, stimme nicht. «Die Fraktion hat sich erst Ende Oktober zum Rahmenabkommen geäussert und die Position seither nicht verändert. Vor allem liegt der Ball hier beim Bundesrat.»

Petra Gössi soll ihr Wissen auch für die Politik erweitern

Der FDP-Vizepräsident zeigt sich gegenüber dem «Boten der Urschweiz» jedenfalls überzeugt: «Von Rücktritt kann keine Rede sein.» In der Schweiz werde das Milizsystem gepflegt.

Neben ihrer Funktion als FDP-Präsidentin und Nationalrätin habe die Küssnacherin noch einen anspruchsvollen Job in der Privatwirtschaft. Caroni: «Indem sich Petra Gössi fortbildet, kann sie ihr Wissen erweitern. Davon profitiert sie auch als Politikerin. Und: Lebenslange Bildung ist eine klassische FDP-Forderung.» (adm)

Die Präsidentin und ihr Vize: Petra Gössi und FDP-Ständerat Andrea Caroni.
Bilder: Keystone

